

Erscheint täglich mit Ausnahme des Sonntags.

Die „Städter Familienblätter“ werden dem „Anzeiger“ wöchentlich beigelegt, das „Kreisblatt für den Kreis Gießen“ zweimal wöchentlich. Die „Landwirtschaftlichen Zeitungen“ erscheinen monatlich zweimal.

Gießener Anzeiger

General-Anzeiger für Oberhessen

Rotationsdruck und Verlag der Brühl'schen
Universitäts- und Buch- und Steinbrucker
K. Lange, Gießen.

Redaktion, Expedition und Druckerei: Schul-
straße 7. Expedition und Verlag: 53. 51.
Redaktion: 53. 112. Tel.-Nr.: Anzeiger-Gießen.

Sitzung der Stadtverordneten.

K. P. Gießen, 22. Jan.

An der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung waren anwesend: Oberbürgermeister Recum, die Beigeordneten Bürgermeister Keller, Kommerzienrat Emmelins, Kulturrat Grunewald und 19 Stadtverordnete. Beginn der Sitzung 4 1/2 Uhr.

In der Auslosung von Schuldverschreibungen wurden 36 000 Mark, 20 000 Mark und 7600 Mark, die sämtlich zum 15. Mai gekündigt worden sind, und 30 000 Mark mit Kündigung zum 1. Mai ausgelost.

Nachdem die Versammlung beschlußfähig geworden war, machte zunächst Oberbürgermeister Recum einige

Mitteilungen.

Zunächst begrüßte er die Stadtverordnetenversammlung im neuen Jahre und wünschte ihr einen guten Erfolg für das Jahr 1914. Sodann machte er ein Dankschreiben des Herrn Loos zum bekannt, in dem dieser für die Beileidbezeugung der Stadtverordnetenversammlung beim Tode seines Vaters, des Stadts. Loos, dankte.

Herr Recum gab darauf Kenntnis von einer Einladung des Kriegervereins Gießen an den Oberbürgermeister, die Beigeordneten und die Stadtverordneten zu der Kaisergeburtstagsfeier, die verbunden mit dem 40-jährigen Bestehen des Vereins begangen werden soll.

In einer der letzten Sitzungen der Stadtverordneten war über die Forderung der städtischen Arbeiter gesprochen, Beschlußfassung aber abgelehnt worden. Am 10. Januar ist nun eine neue Eingabe eingegangen. Sie wird dem Ausschuss übergeben.

Der Gabelberger Stenographenverein sprach in einem Schreiben der Versammlung der Stadtverordneten seinen Dank für die in der letzten Sitzung genehmigte Ueberlassung eines Schulsaales aus.

Darauf erhielt der Stadt. Vöber das Wort zu einem

Dringlichkeitsanträge.

Am 16. Oktober hatten die Stadtverordneten beschlossen, ein Preisauschreiben zum Umbau der alten Klinik zu verfassen. Vöber beantragte, daß man die Ausführung dieses Beschlusses so lange verziele, bis die neu gewählten Stadtverordneten verpflichtet worden seien. Es sei die Pflicht eines jeden Stadtverordneten, dafür zu sorgen, daß man in einer Frage, die die ganze Bürgerstadt angehe, auch die neuen Stadtverordneten miteinbeziehe.

Oberbürgermeister Recum teilt mit, daß es nur besonderen Umständen zuzuschreiben sei, wenn der Beschluß nicht schon ausgeführt worden sei. Durch den Einspruch gegen den Beschluß habe die vorgedachte Behörde dessen Ausführung stillen. Nachdem der Einspruch aber abgewiesen und kein Refus erhoben worden sei, habe er die Vorarbeiten in die Wege geleitet.

Den Antrag abzulehnen bittet Stadtverordneter Winn, da die Verschleppungspolitik nicht fortgesetzt werden solle. Dagegen stimmt der Stadtverordnete Petri. Er ist dafür, daß man warte bis die neuen Stadtverordneten da seien.

Beigeordneter Grunewald beschließt, es würde dem Ansehen der Stadtverordnetenversammlung schaden, wenn nach Stundenlanger Beratung wieder der Antrag auf Ablehnung gestellt würde. Bisher sei ja auch nur der Vorschlag zum Umbau gemacht worden. Die eigentliche Beschlußfassung werde doch selbstverständlich erst dann erfolgen, wenn die neuen Stadtverordneten schon an der Beratung teilnehmen würden.

Stadt. Vöber verteidigt nochmals seine Ansicht und macht seinem Unmut über den vom Beigeordneten Grunewald gebrachten Ausdruck „Schuldfrage“ Luft. Ihm stimmt Stadt. Jan bei, da in der Frage „Recht“ vorgekommen sei, was ihn zu seiner Stellungnahme veranlasse. (Zuruf: Zeitungsartikel!) Stadt. Petri meint gefasst, er müsse sich auch zu den Schuldfragen rechnen, man höre hier und da von seinen Mitbürgern manches, was immerhin Wert habe.

Stadt. Sommer hält Dringlichkeit nicht für erwiesen. Er rät, man solle einen Vorschlag machen lassen und dann die Frage noch einmal gründlich beraten. Ihm gelangt es, Vöber zu veranlassen, seinen Antrag zurückzuziehen.

Darauf kommt man auf die

elektrische Ueberlandanlage

zu sprechen. In seiner Sitzung am 8. Januar hat nämlich der Betriebsausschuss einstimmig beschlossen, die Stadtverordnetenversammlung durch den Bürgermeister Keller in der nächsten Sitzung davon Kenntnis zu geben, daß der Betriebsausschuss die Begutachtung der Ueberlandanlage erst nach vollständiger Fertigstellung der Anlage vornehmen lassen will.

Oberbürgermeister Recum drückt sein Bedauern über diesen Beschluß des Betriebsausschusses aus. Stadt. Winn meint, daß nach der Fertigstellung kein Sachverständiger mehr nötig sei. Stadt. Petri hält ebenfalls einen Sachverständigen vor der Fertigstellung für wertvoller als nachher.

Stadt. Sommer befaßt sich darüber, daß den Stadtverordneten bisher ein Einblick in die Gründe der Mehrkosten verweigert geblieben sei. Er wünscht eine genaue Aufstellung über die bisherigen Kosten und die bisher geleistete Arbeit nach dem Stande am 1. Januar, dann sei ein Sachverständiger überflüssig.

Daß dies mitten in der Arbeit nicht möglich sei, hebt Oberbürgermeister Recum hervor. Er habe die Kosten von allen Ortsbeuten mitgeteilt, die fertiggestellt gewesen seien. Auch bei dem Werke der Provinz hätten sich ganz bedeutende Mehrkosten ergeben.

Stadt. Wimmerauer meint, daß, nachdem der Voranschlag überprüft worden sei, die Rentabilitätsrechnung aufgestellt sei, die beweisen sollte, daß die Anlage dennoch nicht rentabel sei, daß die Mehrkosten innerhalb einer bestimmten Zeit abgelassen sein würden. Der Sachverständige solle die Rentabilitätsrechnung nachprüfen, das könne aber nicht während der Arbeit geschehen, sondern wenn diese abgeschlossen sei.

Nach der Ansicht des Stadt. Winn kann solche Abrechnung zu jeder Zeit gemacht werden. Besonders deshalb müßte das geschehen, weil es sich um Mehrausgaben handele. Was die Rentabilitätsrechnung anlangt, so könne sich jeder einzelne diese selbst ausrechnen, es komme nur auf die Grundzahl an. Die Rechnung prüfen, könne ein Rechnungsprüfer besser als ein Sachverständiger, dazu sei überhaupt kein Sachverständiger nötig.

Für den Antrag des Ausschusses tritt der Stadt. Huhn ein: man möge der Sache Zeit lassen, der Sachverständige solle nach der Meinung des Ausschusses ganze Arbeit liefern. Stadt. Schaffstädt unterstützt die Ansicht des Stadt. Wimmerauer. Dem Antrag des Ausschusses stimmt Stadt. Vöbers zu. Ein Sachverständiger läßt sich noch nicht in Frage, man müsse sich auf den technischen Leiter verlassen können.

Stadt. Sommer wünscht nochmals einen bestimmten Termin, an dem die Abrechnung vorgelegt werden kann. Dazu macht Herr Recum nähere Angaben, das Datum sei bis Mai voranschreitend fertig, dann sei der Moment gekommen, wo die Abrechnung in Angriff genommen werden könne.

Stadt. Reichelheim hält den Antrag des Ausschusses für richtig. Wenn die Anlagen aller 43 Ortlichkeiten fertiggestellt worden seien, müßte man einen Sachverständigen hinzuziehen, um sich zu vergewissern, ob die Leitung gut funktioniere.

Ebenfalls dem Antrag des Ausschusses stimmt Beigeordneter Grunewald zu. In dem Augenblick, wo ein zweiter Leiter in der Anlage herangezogen würde, würden Quertreibereien eintreten, die dem Werke schädlich wären. Wenn die Anlage aber fertig sei, dann müßte ein Sachverständiger feststellen, welchen Faktor das Werk in dem Wirtschaftsleben unserer Stadt bilde, ob Misch- und Umwandlung vergrößert werden könnte.

Einige Zweifel mozt Stadt. Winn zu äußern, ob die Anlage wirklich so tadellos sei, wie alle behaupten. Oberbürgermeister Recum lädt ihn zu beruhigen: Erfahrene Elektrotechniker aus anderen Städten hätten ihm mitgeteilt, daß das Werk in Gießen eine Musteranlage sei und daß die Ueberlandanlage ebenfalls gut ausgeführt worden sei.

Wegen die Stellung eines Sachverständigen sprach sich Stadt. Urstadt aus. Der Ausschuss meine, daß von dem mehr gezahlten Gelde doch nichts mehr zu retten sei, daher habe es keinen Zweck, einen Sachverständigen heranzuziehen. „Nur zur Beruhigung unseres Gemütes“ 8–10 000 Mark für einen Sachverständigen auszugeben, sei etwas kostspielig. Man solle deshalb vorläufig von einem Sachverständigen absehen, ob er später hinzugezogen werden solle, darüber müsse man später entscheiden.

Stadt. Schaffstädt berichtet, daß es bei der Frage, ob Sachverständiger oder nicht, nicht allein auf das Sparen ankomme. Man wolle wissen, ob die Anlage auf richtiger Grundlage erbaut worden sei und ob ein Ausbau vorgenommen werden könne. Ein Sachverständiger sei nötig. Oberbürgermeister Recum gebe am 1. April fort, der Direktor sei in diesem Falle Partei, wenn es auch das Beste wäre. Und ein Sachverständiger würde auch nur 3000 Mark kosten.

Dem Antrag des Ausschusses wird zugestimmt.

Die Beschaffung von Radium

bildete den nächsten Punkt der Tagesordnung. Veranlassung dazu war ein Schreiben des Professors Oppi, des Vorsitzenden des Vereines zur Erforschung der Krebskrankheiten. Der Einsender bittet darin die Stadtverordneten, zur Erforschung des Radiums an der Landesuniversität einen laufenden alljährlichen Beitrag und einen außerordentlichen größeren Beitrag zu bewilligen. Der Finanzausschuss schlägt als einmaligen Beitrag 10 000 Mark und als fortlaufenden Beitrag 200 Mark unter der Bedingung vor, daß Gießen ein Anrecht auf das Mittel selbst und ein Anrecht auf kostenlose Behandlung von Unbemittelten mit dem Radium habe.

Stadt. Sommer empfiehlt den Antrag anzunehmen.

Beigeordneter Grunewald stimmt dem Antrag nicht zu. Er will lieber eine abgemessene Haltung einnehmen, da seiner Meinung nach die Sache noch zu unklar und der Radiummangel noch nicht verstanden sei. Solange noch Zweifel in der Wissenschaft selbst über das Mittel beständen, solle man keine bedeutende Summe, wie 10 000 Mark, opfern. Anders sei es mit einem geringen Zulauf, wie 200 Mark, zum Erproben des Radiums. Zudem sei das eine Aufgabe des Staates und nicht der Stadt.

Der Stadt. Haberborn ist der Meinung, daß es allem Anfangen nach doch gar so schlecht um das Vermögen der Stadt Gießen bestellt sein müsse, wenn der Finanzausschuss so mit nichts als 10 000 Mark ausgeben könne. An der Hand von genannten Aufzeichnungen weist er nach, wieviel die Stadt schon für die Universität gezahlt habe, wonach sich bisher die Zahleinsparungen der Stadt auf 10 880 Mark, die einmaligen Beiträge auf 141 040 belaufen hätten. Darauf beschließt er die medizinische Frage und kam zu dem Schluss, daß die Erforschung des Radiums noch nicht endgültig abgeschlossen und der Erfolg bei Krebskrankheiten noch recht fragwürdig sei.

Stadt. Reichelheim wirft die Frage auf: Wenn wir keine Summe zur Anschaffung von Radium bewilligen, womit sollen denn die Herren ihre Forschungen amellen?

Zur Geschäftsordnung spricht der Stadt. Vöbers, indem er den Antrag auf Vertagung stellt, da die Angelegenheit noch nicht geklärt genug sei.

Stadt. Sommer steht auf dem Standpunkt, daß mit dem Radium etwas ganz Bedeutendes geschehen sei und daß die vielfachen Ueberreibungen nicht dagegen sprechen. Darum sei der Beschluß des Ausschusses richtig. Er verferne niemand, daß die Stadt viel für die Universität gezahlt habe, die Stadt dürfe aber auch nicht den Vorteil verzeihen, den sie von der Universität habe. Er trat für den Beitrag von 10 000 Mark ein und schlug vor, sie in Raten von je 2000 Mark innerhalb von fünf Jahren zu zahlen.

Dagegen wandte sich Beigeordneter Grunewald: In Raten zu zahlen, das Annahmebedingung dürfte sich die Stadt nicht geben. Aber zu bedenken sei es, daß gerade durch den Kampf mit der Universität Frankfurt a. M. schwere Aufgaben an Gießen herantraten würden. Unüberses. solle man außer acht lassen und sich wichtigeren Aufgaben zuwenden. Für zwei Jahre könne man 400 Mk. bewilligen, aber keine größeren Aufwendungen machen, um nicht hineinzufallen, wie Eisenbach und Worms. Derselben Ansicht ist auch der Stadt. Haberborn, da die Finanzen Gießens solchen Forderungen nicht entsprechen könnten.

Stadt. Sommer suchte die Versammlung zu überzeugen, daß das Mittel sozial sei, und es sei verfehlt, wenn man die Sache der Universität und dem Staate allein zugute rechnen wolle, sie sei allgemein. Er beantragte, das Urteil der medizinischen Fakultät einzuholen.

Einen Vermittlungsantrag stellte Bürgermeister Keller: Die Stadt Gießen solle dem Verein zur Erforschung der Krebskrankheiten mit einem Jahresbeitrag von 400 Mark beitreten.

Stadt. Haberborn teilt den Standpunkt des Stadt. Sommer. Er erzählt von zwei guten Erfolgen des Radiums an zwei Damen.

Den Antrag Keller unterstützt der Stadt. Dr. Ebel. Er glaubt, daß die Wissenschaft, die sich mit der Herstellung von Radium befaßt, das Radium billiger herstellen würden, wenn die kolossalen Bewilligungen der Städte aufhörten. Dem Vorwurfe, daß die Herstellung des Radiums eine Spekulation sei, stimmt Oberbürgermeister Recum bei.

Für den Antrag des Ausschusses sprach endlich auch der Stadt. Wimmerauer, da man der Konkurrenz der Frankfurter Universität nicht besser entgegenzutreten könne, als wenn man unsere Universität an allen Unternehmungen teilnehmen lasse.

Es kommt zur Abstimmung über die gestellten Anträge. Der Antrag Sommer wird zugunsten des Antrags Keller zurückgezogen. Der Antrag Vöbers auf Vertagung wird abgelehnt. Der Antrag des Finanzausschusses, einen außerordentlichen Beitrag von 10 000 Mark und einen laufenden Beitrag von 200 Mk. zu stellen, wird ebenfalls abgelehnt; angenommen dagegen der Antrag Keller, daß die Stadt dem Verein zur Erforschung der Krebskrankheiten mit einem Jahresbeitrag von 400 Mk. beitreten solle.

Darauf kommen einige

Gefuche und Anträge

zur Beratung. Die Haltung eines Krankenautos mobilis durch die Firma Kronenberg u. Schilling wird abgelehnt, da sich nach Meinung des Oberbürgermeisters die Stadt nicht verpflichten kann, ein Automobil anzuschaffen oder halten zu lassen. Dazu teilt der Stadt. Haberborn mit, daß die Gefahr der Anheftung in einem gewöhnlichen Gefährt gar so groß nicht sei, so daß man diese auch fernerhin demassen könne. Dem Antrage wurde daher nicht Folge gegeben.

Der Antrag auf Anschluß der Sanitätskolonne an die Feuerwehreinlage hält die Baudeputation für gerechtfertigt, namentlich im Hinblick darauf, da das der Allgemeinheit zugute kommen wird. Die Kosten der Stadt werden dabei 700 bis 1000 Mk. betragen. Der Antrag soll um 1000 Mk. erweitert werden. Die Versammlung ist einverstanden.

Paulische Veränderungen in der alten Klinik und Väterung elektrischer Energie für Zwecke der Gewerbeausstellung wird von der Baudeputation beantragt. Aussteller im ersten und zweiten Stock erklärten, daß ihre Waren in den vielen kleinen Räumen an Aussehen verlieren würden, es müßten daher Türen durchbrochen werden. Die Baudeputation beauftragt den Antrag unter der Bedingung, daß die Ueberstellung den früheren Zustand wiederherstellt und zu dem Zwecke bis zum 1. August 1900 Mk. hinterlegt.

Der Stadt. Schaffstädt ist gegen die Hinterlegung von 1500 Mk., zumal die Räume durch die Ausstellung verschönt würden. Auch die Befestigung von Strauchwerk vor dem Gebäude solle man zugeben. Ebenso wünscht Dr. Ebel, daß man der Ausstellung soweit wie möglich, entgegenkomme. Bei der elektrischen Energie soll der Preis für Großabnehmer berechnet werden. Auch Stadt. Plan ist dafür, von der Forderung abzusehen.

Der Antrag des Ausschusses wird dahin angenommen, daß man die Veränderungen genehmigt, und daß die Ausstellung, soweit es möglich ist, den früheren Zustand wiederherstellt.

Oberbürgermeister Recum gab sodann von einer

Stiftung

des Knochelendelers Th. Schwieler Kenntnis. Die Stiftung beträgt zunächst 1000 Mark, deren Zinsen alljährlich an verfallende Arme nicht unter 20 Mark verteilt werden sollen. Die Stiftung soll mit der Zeit vergrößert werden. Die Versammlung nimmt die Stiftung an und beauftragt den Oberbürgermeister, dem Stifter den Dank der Stadtverordnetenversammlung auszusprechen.

Darauf kamen verschiedene

Abrechnungen

zum Vortrage. Die Rechnung der Armenkassette schloß für 1912 mit einer Einnahme von 138 949,10 Mark und einer Ausgabe von 138 892,10 Mark. Demnach bleibt also ein Rest von 57 Mark. Der Finanzausschuss beantragt die Annahme der Rechnung. Die Versammlung ist damit einverstanden.

Ebenfalls angenommen wird die Rechnung der Musikischen Stiftung für 1912. Diese schloß mit einer Einnahme von 14 470,03 Mark und einer Ausgabe von 14 419,18 Mark. Der Vorrat beläuft sich also auf 50,85 Mark.

Beschlüssen.

Die Baudeputation beantragt, die Preise für Erdbegräbnisse zu erhöhen. Das Erdbegräbnis an der Mauer, das bisher 250 Mark kostete, soll auf 300 Mark erhöht werden. Das Erdbegräbnis auf allen sonstigen Plätzen, das bisher 125 Mk. kostete, soll auf 150 Mark erhöht werden. Die Versammlung ist damit einverstanden.

Der Stadt. Sommer hat in der Versammlung am 16. Oktober den Antrag gestellt, eine Schallwand im Stadtverordneten-Sitzungssaal anbringen zu lassen. Auf Veranlassung des Oberbürgermeisters hat das Hochamt eine Studie und einen Kostenanschlag anfertigt, nicht ohne darauf hinzuweisen, daß sie nicht gut aussehe und daß es fraglich ist, ob sie ihren Zweck ganz erfüllen würde. Die Kosten betrugen 1043 Mark. Die Baudeputation empfiehlt Zurückstellung dieses Punktes bis nach Entscheidung der Nachbaurfrage.

Stadt. Haberborn: „Es handelt sich nur darum, daß die Gesellschaft ruhiger wird.“

Stadt. Sommer: „Es ist wünschenswert, daß nicht immer auf die Tischplatte gesprochen wird, wie Herr Recum das tut. Ich möchte meinen Antrag zurückziehen.“

Stadt. Dr. Ebel nimmt Gelegenheit, sich über die „unverträgliche Temperatur“ zu beklagen. „Mit der Zeit zu, sind 16 Grad, ist sie offen, bekommt man fast Fieber. Das manchmal so viel ununterbrochen geredet wird, das liegt an der Temperatur.“

Der nächste Punkt betrifft den Grunderwerb eines Transformatorhauses. Das Haus ist 16,2 Quadratmeter groß, die Kosten betragen 32,40 Mk. Die Versammlung gibt ihre Zustimmung.

Der Anschluß des Wasserwerks Gabelinrod an die Ueberlandanlage wird von der Gemeinde Gabelinrod erlucht. Die Gemeinde verlangt aber einen Zulauf von 250 Mk. zu den Baukosten und eine jährliche Anerkennungsgeld von 10 Mk. an die Gemeindekasse zu zahlen. Der Betriebsausschuss beauftragt den einmaligen Zulauf, stellt aber von weiteren Leistungen ab. Die Versammlung tritt dieser Ansicht bei.

Zur Beratung kommt dann ein Gesuch des Stenographenvereins „Stolze-Schrenk“ wegen Verabfolgung der Berechnung für die Vermittlung eines Schulsaales. Da in der letzten Versammlung dem Stenographenverein „Gabelberger“ ein Schulsaal unter günstigen Bedingungen überlassen wurde, so bittet der Stenographenverein „Stolze-Schrenk“, ihm die gleichen Bedingungen zu gewähren. Diese werden ihm vom 1. Januar ab ausgestellt.

Außerhalb der Tagesordnung bringt Oberbürgermeister Recum zwei dringende Gesuche zur Besprechung:

1. Das Offizierkorps hat den Bescheid erhalten, sich an den olympischen Spielen 1916 zu beteiligen und hat um einen geeigneten Platz zum Leben, da der Erzierplatz nicht geeignet ist. Der Oberbürgermeister hat eine Befe vor der Arcenalstraße zwischen Licher Straße und alten Schiffsberger Weg vorgeschlagen. Der Platz ist 15 000 Quadratmeter groß. Die Baudeputation schlägt vor, den Platz dem Offizierkorps bis 1916 zur Hälfte des Grundstückes, der 200 oder 250 Mk. beträgt, wie der Oberbürgermeister mitteilte, = 100 Mk. zu überlassen.

2. Die Umgestaltung der Anlage vor dem Universitätsgebäude. Stadt. Winn bittet diesen Punkt, der nicht dringlich ist, der Baudeputation zu überweisen. Die Versammlung stimmt ihm zu.

Das Säuglingsheim bittet um einen Zuschuß. Die noch ausstehende Rente von 2670 Mark wird von der Stadt übernommen. Für das kommende Jahr werden für das Säuglingsheim 3000 Mark in das Budget aufgenommen.

Das Gesuch des Georg Emil Baum um Erlaubnis zum Schankwirtschaftsbetriebe im Haus Steinstraße 23 wird von der Baudeputation zur Anerkennung vorgeschlagen und von der Versammlung genehmigt. Ebenso das Gesuch des Karl Wirth, Maximalzahl 10. Abgelehnt wird das Gesuch des Johann Böhme, Bahnhofstraße 62, der bisher nur Konzession für Kaffee hatte, um auch Schnaps und Bier ausgeben zu dürfen. Das Gesuch des Otto Wenzel, Brandstraße 4, muß noch geprüft werden, ebenso das Gesuch der Ehefrau des Heinrich Bötel, Sammlstraße 15. Beide Gesuche wurden ausgesetzt. Das Gesuch der Witwe Hopfeld wurde genehmigt.

Außerhalb der Tagesordnung wollte noch der Stadt. Winn über die Beamten-Leerungszulage sprechen. Der Oberbürgermeister wußte ihn jedoch zu veranlassen, von seinem Vorhaben heute abzusehen.

Stadt. Dr. Ebel lobte zum Schluss die Ausführung der Humboldtsäule am 16. Januar und dankte dem Autor, den Darstellern und der Regie, konnte aber nicht übersehen, daß die Teilnahme der Bürger Gießens recht schwach gewesen sei, und sprach die Hoffnung aus, daß dies bei der Wiederholung des gefestigten Stückes besser sein würde.

Schluss der Sitzung 7 1/2 Uhr.

Räumungs- Ausverkauf

A vintage fashion illustration. In the background, a woman with dark, wavy hair is seated, wearing a light-colored dress with a dark, fringed bodice and a large flower pinned to the waist. Next to her, a man in a dark suit is shown in profile. In the foreground, two large, light-colored lace-up boots with dark laces and bows are prominently displayed. The text 'S-uf' is partially visible on the left side of the image.

Telephon 2010

1178 a

1 Experte, 1 Zeichner, 1 Koch, 1 Bautechniker.

GROSSER

Inventur-Ausverkauf

Mein heutiges Angebot wird durch den fortgesetzten Aufschlag aller Schuhwaren zu einer Kaufgelegenheit, die sich nach aller Voraussicht nie wieder bieten wird

Abteilung Herren - Stiefel

Ein Posten Herren-Stiefel
Wert bis Mk. 22.—, jetzt 10.50

Lack-Halb- u. Lack-Schnür-Stiefel
(hochmod.) Wert bis Mk. 18.50, jetzt 10.50

Herren-Spiegelbox-Stiefel
neueste Form, jetzt Mk. 7.65

Herren-Doppelschlag-Derby
Pressfalten, Amerikan. Façon, bequem, jetzt Mk. 10.50

Herren-Sonntags-Stiefel
Derby-Lackkappe, Amerikan. Façon, jetzt Mk. 6.90

Arbeiter-Stiefel
sehr solid, jetzt Mk. 5.90

Zug- u. Schnallen-Stiefel
teilweise unter Einkauf.

Abteilung Damen - Stiefel

Derby-Molière-Halbschuhe
mit und ohne Lackkappen, auch in ganz breiter Form, ohne Kapp, Gr. 36-42 Mk. 3.90
36-42 - 1.90
36-42 - 5.90

Pressfalten und Lackkappen, auch einige braune Sachen, zu diesen Preisen.

Darunter Einzelpaare, früh. Verkaufswert Mk. 10.50.

Damenstiefel
Derbyschnitt, amerik. Form, saub. Ausf. Gr. 36-42 Mk. 2.90
36-42 Mk. 3.95
36-42 - 4.45
36-42 - 4.95

Darunter früherer Verkaufswert bis zu Mk. 12.50.

Ein Posten Damen-Stiefel
Wert bis zu Mk. 18.—, jetzt 10.50

Lack-Schnür-Stiefel
Wert bis zu Mk. 18.—, jetzt 9.95

Abteilung Kinder-, Mädchen- und Knabenstiefel

Große Posten Chromleder-Stiefel zum Schnüren, auch einige braune Sachen
dabei GröÙe 22-24 Mk. 1.95
25-26 - 2.10
27-30 - 2.55
31-35 - 3.10

Chevrolin mit Lackkappen
breite Normalform
GröÙe 36-39 Mk. 3.95
auch als schöner Konfirmanden-Stiefel sehr geeignet.

Eine Menge bessere Kinder-Stiefel GröÙe 17-19
jedes Paar Mk. 0.95
auch farbige und warm gefütterte dabei

Zu diesen Preisen dürften die Vorräte nicht lange anhalten, daher rascher Kauf sehr zu empfehlen.

Winter-Stiefel

teilweise bis zu

50% Rabatt

Sport - Stiefel

teilweise bis zu

20% Rabatt

Pantoffel Hausschuhe

Hausschuhe m. Filzsohle
Mk. —.24

Hausschuhe m. Ledersohle
36-42 Mk. —.85

Kinder-Pantoffel
von Mk. —.50

Damen-Schnür-Stiefel
Leder besetzt
jetzt nur Mk. 2.95

Tanz-Schuhe jedes Paar Serie I Mk. 1.95, Serie II Mk. 2.95

1148a

Aufmerksamste Bedienung.

Schuhhaus Wolff • Gießen

Seltersweg 19



Sanella

Die Mandelmilch Pflanzenbutter-Margarine Pfd. 90 Pfg.
Sana-Ges.m.b.H. Cleve.

Pianos, Flügel Harmoniums

bei weitgehender Garantie und günstigster Kauf- u. Mietbedingung.
Stimmung, Reparatur Transport
Ständiges Lager von 250 bis 300 Instrumenten.
Bei Miete 144 Eigentumserwerb laut besonderer Bedingung. Stets gebrauchte Instrumente zu jedem Preis.
Vermietungen 2 bis 12 Mark monatlich.

Vertretung

v. Schiedmayer & Söhne, Steinweg, Ibach, Kaps, Römhild, Dörner, Hörügel, Spaethe, Ackermann usw.

Pianolas

Pianola Pianos

August Förster
Giessen und Lich
Bahnhofstr. 65. Tel. 367.

Lüttje Haare entwirrt sicher u. schnell Prof. Dr. Grünwaldt Enthaarungspulv. Dtl. 20. 1.50. Velif. Apoth. Kreuzpl. 11

Ein für Tüfentüfentüfentüf ist auf jedem Postat der Gantman'sch Dailfentüfentüfentüfentüf



Goldsprünge

unlufte so reizend in Jüngern aufsteht.

Alleiniger Fabrikant: Carl Gentner in Göttingen.

Die Frage

was der Kapitalist anlässlich der Suspension der Zinszahlung in Mexiko tun soll, beantwortet die Broschüre

'Mexikanische Werte'

die jedem Interessenten auf Wunsch kostenlos zugesandt wird von

Max Samson & Co.
Bankgeschäft Hamburg 8 Pelikanhaus 248

100 Verlobungen an einem Tage

könnten geschlossen werden, wenn die heranwachsenden Mädchen wüßten, daß sie eine sparsame Küche führen können, durch Verwendung der überall beliebtesten

Schmeißer's Sauces Würfel

die alle notwendigen Zutaten enthalten mit dem Braten gleich von Beginn ab geschmort, eine sehr schmackhafte, sämige Sauce liefern.

Nur echt mit roter Schutzmarke

hier überall zu haben.

Machen Sie einen Versuch!



Bekanntmachung.

Die Holzversteigerungen vom 20. und 21. d. Mts. sind genehmigt. Holzüberweisung. Empfang der Abfuhrscheine bei den Hr. Unterversteigern und 1. Abfuhrtag Montag, den 2. Februar l. J.

Preis a. d. Stunde, den 22. Januar 1914. 1164

Holzversteigerung

Im Licher Stadtwald, D. Hrft. Großhägerberg, werden Donnerstag, den 29. Januar 1914, versteigert:

Scheiter Nm.: Buchen 70, Eichen 4, Nichten 4, Knüppel Nm.: Buchen 300, Eichen 8, Nichten 4, Heißa Wellen: Buchen 70, Eichen 20, Nichten 100, Stöcke Nm.: Buchen 20, Eichen 10, Nichten 40.

Zusammenkunft und Anfang vormittags 10 Uhr am Waldungang des Deumweges an der Wiefe. Lich, den 22. Januar 1914. 1166B

Großherzogliche Bürgermeisterei Lich. Dörner.